



Geschäftsführung Integrationsrat

Herr Vetter

Telefon: (0221) 221-23195

Fax: (0221) 221-6523195

E-Mail: andreas.vetter@stadt-koeln.de

Datum: 27.01.2020

Niederschrift

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 25.11.2019, 15:00 Uhr bis 17:06 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Tayfun Keltek	TSD
Herr Ahmet Edis	GOL
Herr Eli Abeke	BÜNDNIS 14
Herr Stefan-Lazar Mitu	INK
Herr Ahmet Altinova	KL
Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN anwesend ab 16:15 Uhr
Herr Nebil Bayrakcioglu	GK
Herr Ali Esen	LB
Herr Eugen Litvinov	
Herr Turan Özküçük	TSD
Frau Stella Shcherbatova	Einheit
Herr Silvio Vallecoccia	Italiani per Colonia
Herr Malik Karaman	SPD
Herr Prof. Klaus Schäfer	SPD
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Herr Stephan Pohl	CDU
Frau Ira Sommer	CDU
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Herr Firat Yurtsever	GRÜNE
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Frau Katja Hoyer	FDP

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Yadigar Arslan	Seniorenvertreterin
Frau Dorothee Bodewein	Caritasverband für die Stadt Köln e. V.
Frau Öznur Naz	Der Paritätische Wohlfahrtsverband
Herr Claus-Ulrich Pröbß	Kölner Flüchtlingsrat e.V.
Herr Wolfgang Uellenberg-van Dawen	Runder Tisch für Integration

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Monika Möller	SPD	Vertretung für Herrn Christian Joisten - SPD
Herr Thomas Welter	CDU	Vertretung für Herrn Martin Erkelenz - CDU

Verwaltung

Herr Hans-Jürgen Oster	Verwaltung – Amt für Integration und Vielfalt
Frau Susanne Kremer-Buttkereit	Verwaltung - Kommunales Integrationszentrum
Herr Andreas Vetter	Verwaltung - Geschäftsführung Integrationsrat
Frau Monika Radke	Ausländerbehörde

Schritfführerin

Frau Neslihan Arikan

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Antonella Giurano	Italiani per Colonia
Frau Figen Maleki Balajou	LiL
Herr Ibrahim Alici	CI
Herr Mehmet Akif Ayata	MeVana
Frau Barbara Brunelli	GOL
Herr Mehmet Cambaz	
Frau Gülgün Durdu	DEIN KÖLN
Frau Sevil Inal	KL
Herr Lilli Licco	LiL
Herr Ibrahim Toure	LiL
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Saskia Dieke	Arbeitgeberverband Kölnmetall
Frau Martina Domke	Diakonisches Werk
Frau Petra Hovi	Agentur für Arbeit
Herr Michael Sewenig	Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittelrhein e.V.
Herr Erkan Zorlu	Deutscher Gewerkschaftsbund

Der Vorsitzende, Herr Keltek, eröffnet die Sitzung und heißt alle Integrationsratsmitglieder sowie Gäste herzlich willkommen

Herr Keltek macht vor Eintritt in die Tagesordnung auf folgende Punkte aufmerksam:

- Im Vorfeld der Neuwahlen 2020 dreht das InHaus einen Imagefilm über den Integrationsrat und hatte bereits Aufnahmen in der Koordinierungsrunde gemacht. Heute soll noch ein Kameranachspannen und ein paar Eindrücke in der Sitzung gesammelt werden.
- Auf den Plätzen finden sich die neuen Flyer des Integrationsrates. Diese Flyer werden auch noch in den Sprachen Türkisch, Arabisch, Italienisch, Russisch, Englisch und Französisch gedruckt und können bei der Geschäftsstelle angefordert werden.
- Der Rat hat in seiner letzten Sitzung entschieden, für die Teilnahme an den Facharbeitskreisen des Integrationsrates ein Sitzungsgeld zu zahlen. Diese Regelung gilt ab der Veröffentlichung im Amtsblatt, also ab 2020.
- Am Freitag dieser Woche findet die Konferenz Interkulturelles Köln ab 12:30 h in Köln Chorweiler statt – die Verwaltung lädt herzlich zur Teilnahme ein.

Herr Keltek verliest die Tagesordnungspunkte, die nachträglich auf die Tagesordnung aufgenommen wurden:

- Versehentlich wurde der Antrag auf ‚Erweiterungen der Zuständigkeiten‘ unter TOP 4.1 einsortiert – er gehört unter TOP 6.1
- TOP 3.4 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Abeke
- TOP 3.5 Beantwortung einer mündlichen Nachfrage von Herr Erkelenz
- Top 4.2 Nachfragen zur Mitteilung der Verwaltung „Netzwerk gegen häusliche Gewalt“
- TOP 4.3 Anfrage zur Unterhaltung von Notunterkünften
- TOP 5.4 Mitteilung Optimierung des gesamtstädtischen Flüchtlingsdatenmanagements
- TOP 5.5 Mitteilung Zukunft der Pflege in Köln
- TOP 5.6 Kampagne des Integrationsrates Köln zur Migranten-Milieu-Studie / vhw-Migrantenmilieusurvey
- TOP 8.1.1 Gem. Änderungsantrag (SPD) „Förderung der Aufbauphase eines lokalen Verbunds von Kölner Migrantenselbstorganisationen“
- TOP 8.1.2 FDP Änderungsantrag zur Vorlage 1224/2019 Förderung der Aufbauphase eines lokalen Verbundes von Kölner Migrantenselbstorganisationen

RM Frau Sommer bittet, den TOP 8.1. zu vertagen.

RM Frau Schmerbach beantragt ebenfalls die Vertagung des TOPs 8.1.

RM Herr Yurtsever meldet Beratungsbedarf zu TOP 4.1. bzw. 6.1. an.

Die Mitglieder des Integrationsrates stimmen einstimmig der geänderten Tagesordnung zu.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Bericht des Beigeordneten Herrn Greitemann zum aktuellen Sachstand 'Haus der Einwanderungsgesellschaft' und 'Denkmal für die Opfer des NSU-Anschlages'

- 1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**

- 2 Gleichstellungsrelevante Themen**

- 3 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
 - 3.1 Sachstandsbericht: Umsetzung des Zehn-Punkte-Aktionsplans der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus
3486/2019

 - 3.2 Beantwortung einer Anfrage zum Umsetzungsstand des ZMI-Eckpunktepapiers zur Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Kölner Schulen
3533/2019

 - 3.3 Beantwortung einer Anfrage zum Beteiligungsverfahren Förderkonzept Kulturelle Teilhabe
3820/2019

 - 3.4 Beantwortung einer Anfrage aus der Sitzung des Integrationsrates vom 02.09.2019
3933/2019

 - 3.5 Beantwortung einer mündlichen Nachfrage von Herr Erkelenz (CDU) zu Vorlage 2717/2019 - Duldungsgründe
3656/2019

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

- 4.1 Erweiterung der Zuständigkeiten des Integrationsrates – Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln
AN/1545/2019
- 4.2 Nachfragen zur Mitteilung der Verwaltung „Netzwerk gegen häusliche Gewalt – Statistik 2018“
AN/1579/2019
- 4.3 Anfrage zur Unterhaltung von Notunterkünften für ausländische geflüchtete Personen
AN/1580/2019

5 Mitteilungen

- 5.1 Sprach-und IntegrationsmittlerInnenpool für die Stadt Köln
3454/2019
- 5.2 Veröffentlichung der Handreichungen
„Beschulung im Seiteneinstieg im Primar- und Sek I-Bereich – Eine Handreichung für Lehrkräfte, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter“ und
„Beschulung im Seiteneinstieg in der Sekundarstufe II, Berufskolleg – Eine Handreichung für Lehrkräfte, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter“
3635/2019
- 5.3 26. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln
3581/2019
- 5.4 Optimierung des gesamtstädtischen Flüchtlingsdatenmanagements
3827/2019
- 5.5 Zukunft der Pflege in Köln
Stadtverwaltung sieht dringenden Handlungsbedarf
3708/2019

5.6 Kampagne des Integrationsrates Köln zur Migranten-Milieu-Studie/ vhw-Migrantenmilieusurvey
4015/2019

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

7 Berichte

7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

8 Beschlussvorlagen

8.1 Förderung der Aufbauphase eines lokalen Verbunds von Kölner Migranten-selbstorganisationen
1224/2019

8.1.1 „Förderung der Aufbauphase eines lokalen Verbunds von Kölner Migranten-selbstorganisationen“
AN/1590/2019

8.1.2 Änderungsantrag zur Vorlage 1224/2019
Förderung der Aufbauphase eines lokalen Verbundes von Kölner Migranten-selbstorganisationen
AN/1595/2019

8.2 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o. Nr., 50765 Köln-Blumenberg, Gemarkung Worringen, Flur 50, Flurstück 1872 tlw.
0413/2019

- 8.3 Schulrechtliche Änderung der Kapazität der GGS Hauptstraße 432, 51443 Köln-Porz von 3 auf 4 Züge gemäß § 81 Absatz 2 Schulgesetz NRW 3024/2019
- 8.4 Kölner Kinder stärken! - 184 Tausend junge Chancen fördern! Umsetzung der Landesinitiative "Kommunale Präventionsketten" 3437/2019
- 9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

II. Nichtöffentlicher Teil

1 Mitteilungen

I. Öffentlicher Teil

Bericht des Beigeordneten Herrn Greitemann zum aktuellen Sachstand 'Haus der Einwanderungsgesellschaft' und 'Denkmal für die Opfer des NSU-Anschlages'

Zu DOMID informiert Herr Beigeordneter Greitemann, die Verwaltung habe Ende des letzten Jahres, angelehnt an den Ratsbeschluss, den Auftrag bekommen, für das geplante ‚Haus der Einwanderungsgesellschaft‘ einen geeigneten Standort zu suchen. Mit Herrn Fuchs, Geschäftsführung vom DOMID und einigen politischen Vertretern vom Bund und Land wurden einige Örtlichkeiten geprüft und schließlich in den Hallen Kalk (Hallen 70/71) ein Standort gefunden. Es handelt sich bei dem Standort um eine Industriehalle mit einer Gesamtfläche von 6000 qm². Es ist geplant, Teile multifunktional zu nutzen. Gemeinsam mit DOMID wurde ein Konzept entwickelt, um in den Hallen 70/71 das Haus der Einwanderungsgesellschaft zu etablieren. Aktuell liegen die Fördermittelzusagen aus dem Bund vor. Herr Greitemann hofft, dass DOMID die Fördermittelzusage des Landes noch in diesem Jahr erhält. In unmittelbarer Nähe sollen verschiedene soziokulturelle Nutzungen entwickelt werden

Herr Beigeordneter Greitemann plant, einen Ratsbeschluss einzuholen, und dass die Stadt Köln das Grundstück und auch das Gebäude an DOMID zu einem Preis X, d.h. ein Erbpachtzins und einem Grundstückswert gegen 0 €, übergibt. DOMID geht davon aus, dass die Sanierungskosten sich auf insgesamt 45 bis 46 Mio. Euro belaufen und diese Kosten durch Zuschüsse von Bund und Land gedeckt werden können. Die Kosten für das Herrichten des Gebäudes werden bei DOMID liegen. Die Herrichtung der Hallen soll in den nächsten vier bis fünf Jahren umgesetzt werden.

IRM Herr Edis, möchte wissen, wie die leerstehenden Hallen in der unmittelbaren Umgebung genutzt werden sollen.

Herr Beigeordneter Greitemann, informiert, dass hier eine gemeinwohlorientierte/ soziokulturelle Nutzung geplant sei.

IRM Herr Özkücük, möchte wissen, wie der Zustand dieser Hallen ist und wie es mit der Finanzierung der Stadt Köln aussieht.

Herr Greitemann teilt mit, dass bei den Hallen 70 u. 71 die Standsicherheit zu 100 % gewährleistet ist. Die Stadt Köln wird Grundstück und Gebäude einbringen, sofern der Souverän das so entscheidet.

RM Herr Schäfer weist darauf hin, dass für die Herrichtung, das heißt vorbereitende Bodenarbeiten etc., ca. 1,4 Mill. € erforderlich sind, die allerdings nicht im Etat von DOMID verfügbar seien.

Herr Beigeordneter Greitemann wiederholt den aktuellen Stand zur Überlassung von Grundstück und Gebäude an DOMID und verweist darauf, dass alles darüber Hinausgehende Verhandlungssache sei.

Anschließend informiert Herr Beigeordneter Greitemann zum aktuellen Stand bezüglich des 'Denkmals für die Opfer des NSU-Anschlages'.

Es gibt einen Bebauungsplan, der aktuell von Osmab Holding AG und Art Invest umgesetzt wird, allerdings nicht auf dem Grundstücksteil Keupstraße / Schanzenstraße, auf dem das Denkmal gewünscht werde. Zu diesem Grundstücksteil gäbe es Gerüchte, dass der Eigentümer des Grundstückes verkaufen möchte. Es wurde daher bereits ein Versuch unternommen, mit dem Eigentümer Kontakt aufzunehmen.

Den Entwurf von Prof. Amino für das Denkmal und eine Übertragung in die Mitte des Geländes Keupstraße / Schanzenstraße und nicht auf die Ecke des Geländes, sei nach wie vor Stand des städtebaulichen Wettbewerbsergebnisses. Diesen Stand möchte Herr Beigeordneter Greitemann als Auftrag nehmen und in die Umsetzung bringen, sofern der Eigentümer mit den Planungen beginne, das Gelände zu entwickeln.

Das beratende Mitglied Herr Uellenberg van Dawen berichtet, dass in dem gesamten städtebaulichen Wettbewerbsverfahren zum Grundstück Keupstraße / Schanzenstraße der Eigentümer über seinen Architekten anwesend gewesen sei. Als dann in einem Workshop über die Frage der Standorte diskutiert wurde, habe es einen Versuch gegeben, einen Kompromiss zu finden. Ein Standort an der Ecke Keupstraße / Schanzenstraße sei aufgrund der Nähe zum Anschlagort zwar ideal - wenn es dort aber ein Gesamtkonzept gebe, bei dem eine Wegeführung über das Gelände geplant sei, könnte der Denkmalstandort auch in der Mitte liegen. Herr Uellenberg van Dawen regt im Interesse des Ansehens der Stadt Köln an, entsprechend mit dem Eigentümer zu reden. Es sei wichtig, dass es zu einer Entscheidung kommt.

RM Herr Yurtsever ruft nochmal in Erinnerung, dass es ein Treffen mit der Oberbürgermeisterin, den Betroffenen und der IG Keupstraße gab. In dieser Sitzung habe sich damals herausgestellt, dass die Betroffenen nur an dieser Stelle das Denkmal haben möchten.

IRM Herr Özkücük betont, dass die Stadt Köln auf den Standort Schanzenstraße/ Ecke Keupstrasse bestehen solle.

Herr Beigeordneter Greitemann bezieht sich nochmal auf die städtebauliche Wettbewerbsentscheidung, die das Denkmal in der Mitte der Allee ausgewiesen hat. Er sei an diese aktuelle Entscheidung gebunden – habe aber im Hinterkopf, dass die Ecke Schanzenstraße/ Keupstraße präferiert wird. Frau Oberbürgermeisterin Reker sei grundsätzlich für eine zügige Realisierung an einem geeigneten Standort, auf den die Stadt unmittelbaren Zugriff hat und dadurch das weitere Verfahren selbst bestimmen könne.

Herr Greitemann sagt zu, die Anregungen mitzunehmen.

IRM Ahmet Edis betont nochmal die Wichtigkeit des Mahnmals, besonders aus der Opferperspektive. Man spreche hierbei nicht nur über Köln, sondern auch über die 10 Todesopfer des NSU. Es sei deshalb eine bundesweite Aufmerksamkeit vorhanden.

RM Herr Schäfer, verdeutlicht die Wichtigkeit einer klaren Haltung. Die Regelung sollte heißen „in Sichtachse“ des Anschlagsortes. Herr Schäfer plädiert unter Berücksichtigung dieser Maßgabe für eine vernünftige Lösung und zeitnahe Realisierung.

Herr Beigeordneter Greitemann weist darauf hin, dass es keinen Schnellschuss geben wird, ihn die Angelegenheit sehr betroffen mache und sehr am Herzen liege.

- 1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
- 2 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 3 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

3.1 Sachstandsbericht: Umsetzung des Zehn-Punkte-Aktionsplans der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus 3486/2019

IRM Herr Edis, bittet aufgrund des kurzfristigen Eingangs der Beantwortung um Verschiebung dieses Tagesordnungspunktes in die nächste Sitzung. Er merkt an, dass es in der Beantwortung teilweise Überschneidungen mit anderen Themenkomplexen von Diversity gäbe und bei bestimmten Themen eine Trennschärfe sinnvoll wäre, um gezielter auf die angesprochenen Problematiken einzugehen.

Die Verwaltung, Herr Oster, stimmt der Notwendigkeit einer besseren Trennschärfe bei bestimmten Themen zu, verweist jedoch auf die Satzung des Vereins der europäischen Städtekoalition (§ 2), die der Grund dafür sei, breit gefächert die unterschiedlichen Dimensionen von Diskriminierungen in der vorliegenden Beantwortung aufzulisten.

3.2 Beantwortung einer Anfrage zum Umsetzungsstand des ZMI-Eckpunktepapiers zur Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in Kölner Schulen 3533/2019

IRM Herr Vallecoccia bedankt sich für die Beantwortung der Fragen, möchte aber konkreter zu Punkt 1.1.1 wissen, wie die Sprachkompetenzen der Kinder im Alter von 4 bis 6 Jahren festgestellt werden, und ob die „normalen“ Sprachanforderungen an Grundschulen auch auf zugewanderte Kinder zutreffen, die als Regelkinder eingeschult werden.

Zu der Handlungsempfehlung 3 regt Herr Vallecoccia an, zusätzlich zum Flyer eine proaktive Kampagne mit Plakaten, Infoabenden etc. zu starten, um für den Herkunftssprachlichen Unterricht (HSU) zu werben.

Die Verwaltung, Frau Kremer-Buttkereit, informiert, dass neu zugewanderte Schulneulinge, die als Regelkinder eingeschult worden sind, derzeit keine komplett strukturierten Angebote erhalten. In den Bezirken gibt es aktuell Sprachförderangebote durch den Interkulturellen Dienst für Kinder, die nicht in der KiTa sind. Das Thema wird beim nächsten „Lenkungskreis Regionale Bildungslandschaft“ gemeinsam mit dem Jugendamt, Schulamt, Amt für Schulentwicklung und allen Diensten, die mit dem komplexen Thema zu tun haben, nochmal angegangen. Des Weiteren geht Frau Kremer-Buttkereit auf die Handlungsempfehlung 3 ein und betont, dass das Amt für Integration und Vielfalt sehr bemüht ist, Informationen zum HSU an die Eltern heranzutragen - der Flyer sei nur ein Mittel hierfür. Auch in den Beratungsterminen im KI werden die Eltern über den HSU informiert.

3.3 Beantwortung einer Anfrage zum Beteiligungsverfahren Förderkonzept Kulturelle Teilhabe 3820/2019

RM Frau Tokyürek, fragt, warum die Anzahl der eingeladenen Migrantenorganisationen so gering ist.

Die Verwaltung, Herr Thele, erläutert, dass versucht worden sei, die Liste möglichst komplett zu gestalten. Für den nächsten Termin im Februar werde breiter eingeladen.

**3.4 Beantwortung einer Anfrage aus der Sitzung des Integrationsrates vom
02.09.2019
3933/2019**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung zur Kenntnis.

**3.5 Beantwortung einer mündlichen Nachfrage von Herr Erkelenz (CDU) zu
Vorlage 2717/2019 - Duldungsgründe
3656/2019**

RM Frau Sommer bedankt sich im Namen von Herrn Erkelenz für die Beantwortung und hat keine weiteren Nachfragen.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

**4.1 Erweiterung der Zuständigkeiten des Integrationsrates – Änderung der
Hauptsatzung der Stadt Köln
AN/1545/2019**

Die Behandlung des versehentlich unter Anfragen zugeordneten Antrages wurde zurückgestellt.

Beschluss:

Die Behandlung des Antrages wurde aufgrund von Beratungsbedarf auf die nächste Sitzung vertagt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**4.2 Nachfragen zur Mitteilung der Verwaltung „Netzwerk gegen häusliche
Gewalt – Statistik 2018“
AN/1579/2019**

**4.3 Anfrage zur Unterhaltung von Notunterkünften für ausländische geflüch-
tete Personen
AN/1580/2019**

5 Mitteilungen

5.1 Sprach-und IntegrationsmittlerInnenpool für die Stadt Köln 3454/2019

IRM Herr Litvinov, bezieht sich in dem Bericht des Projektes „Sprachmittlerpool für die Stadt Köln“ auf die Einsätze der Arbeitsbereiche in den Jahren 2016-2018 und möchte wissen, wie die Einsätze im Bereich Bildung konkret aussehen.

Die Verwaltung, Frau Kremer-Buttkereit, informiert, dass im Bereich Bildung Elterngespräche geführt werden, sowohl in der KiTa als auch in der Schule. Es handele sich hierbei nicht um das normale Anmeldeverfahren, sondern um komplexe Elterngespräche.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.

5.2 Veröffentlichung der Handreichungen „Beschulung im Seiteneinstieg im Primar- und Sek I-Bereich – Eine Handreichung für Lehrkräfte, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter“ und „Beschulung im Seiteneinstieg in der Sekundarstufe II, Berufskolleg – Eine Handreichung für Lehrkräfte, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter“ 3635/2019

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

5.3 26. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln 3581/2019

IRM Herr Litvinov merkt an, dass aus dem Bericht nicht ersichtlich wird, wie viele Geflüchtete es in der Gesamtzahl in Köln gibt, da es sich bei den vorliegenden Zahlen nur um untergebrachte Flüchtlinge handele.

Die Verwaltung, Herr Oster, informiert, dass der Bericht sich auf die in den städtischen Einrichtungen noch untergebrachten Flüchtlinge bezieht – darunter fallen auch Personen im Duldungsstatus. Weitere Daten können aus den unterschiedlichen Berichten der Fachverwaltungsstellen entnommen werden.

Herr Pröhl fügt hinzu, dass er es hilfreich fände, wenn das Ausländeramt zweimal jährlich einen Kurzbericht über die Gesamtzahl der geflüchteten Personen herausgeben würde. Er weist ergänzend darauf hin, dass mehr als 52% der von der Stadt untergebrachten Personen in prekären Wohnverhältnissen leben.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.

5.4 Optimierung des gesamtstädtischen Flüchtlingsdatenmanagements 3827/2019

Herr Pröhl möchte wissen, ob die Software geeignet ist, Grundlagen für das Belegungsmanagement zu schaffen, d.h. Personen zu ermitteln, die höhere Priorität haben, einen Wohnraum zu beziehen oder in bessere Unterkünfte verlegt werden müssen.

Die Verwaltung, Herr Oster, informiert, dass die Fachverwaltung entscheiden muss, welche Grundlagen sie für das Belegungsmanagement schafft. Die Software sei dafür nicht geeignet.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.

5.5 Zukunft der Pflege in Köln Stadtverwaltung sieht dringenden Handlungsbedarf 3708/2019

IRM Herr Özküçük weist drauf hin, dass in der Mitteilung nur auf die räumliche Situation eingegangen wurde, wobei der Ratsbeschluss auch die Situation der Arbeitskräfte beinhalte. In der Mitteilung habe er dazu nichts lesen können. Er regt an, auch die Qualifikation der bestehenden Arbeitskräfte in Betracht zu ziehen.

IRM Herr Edis merkt an, dass die Angebote für Menschen mit Migrationsgeschichte sehr begrenzt sind. Es gäbe lange Wartelisten, die den Zugang zu den stationären Angeboten erheblich erschweren. Pflegeeinrichtungen sollten daher bestehende Angebote künftig hinsichtlich der kultursensiblen Pflege öffnen.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.

5.6 Kampagne des Integrationsrates Köln zur Migranten-Milieu-Studie/ vhw-Migrantenmilieusurvey 4015/2019

Das beratende Mitglied Herr Uellenberg van Dawen regt an, dass man in der Kampagne die Potenziale der Migrant*innen hervorhebt und sich gegen die Diskriminierung und Abwertung wendet. Den Fokus auf die Frage der Unterschicht und Oberschicht zu setzen, finde er ein wenig misslungen. Die Milieu-Studie sei ein guter Ausgangspunkt für die Darstellung der Bedeutung von Migrant*innen als Wirtschaftsfaktor, wie beispielsweise Leistungen von Migrant*innen-Unternehmen im Bereich der Schaffung von Ausbildungsplätzen und ihre kulturelle Vielfalt.

Der Vorsitzende, Herr Keltek, betont, dass die Milieu-Studie keineswegs die soziale Abwertung von Migrant*innen darstellt, sondern zielgerichtet auf die Deckungsgleichheit der „herkunftsdeutschen“ -und „migrantischen“ Milieus eingeht. Die ausgeprägte Wahrnehmung der sozialen Unterschicht als charakteristisches Merkmal in Bezug auf Migrant*innen solle überdacht werden, um dem entgegenzuwirken. Die Kampagne solle selbstverständlich die Potenziale und zudem noch das biculturelle Zugehörigkeitsgefühl der Migrant*innen darstellen.

Die Verwaltung, Herr Oster, ergänzt, dass die Kampagne eine Aufforderung zur Wahrnehmung bestimmter Potenziale in Migrantenmilieus schaffen soll, die bereits vorhanden sind.

In der darauffolgenden Diskussion kommen verschiedene Anregungen und Hinweise von RM Frau Tokyürek, RM Herrn Schäfer, IRM Herrn Abeke und IRM Herr Vallecocchia bezüglich der Begrifflichkeiten.

Die Verwaltung, Herr Oster, kündigt an, die Anregungen bei der Umsetzung der Kampagne in Betracht zu ziehen.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

7 Berichte

7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

Es gibt keine Berichte sachkundiger Einwohner/innen

7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

Es gibt keinen Bericht des Landesintegrationsrates

8 Beschlussvorlagen

**8.1 Förderung der Aufbauphase eines lokalen Verbunds von Kölner Migrantenselbstorganisationen
1224/2019**

Beschluss:

Die Behandlung der Beschlussvorlage wurde aufgrund von Beratungsbedarf auf die nächste Sitzung vertagt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**8.1.1 „Förderung der Aufbauphase eines lokalen Verbunds von Kölner Migrantenselbstorganisationen“
AN/1590/2019**

Beschluss:

Die Behandlung des Änderungsantrages wurde aufgrund von Beratungsbedarf auf die nächste Sitzung vertagt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**8.1.2 Änderungsantrag zur Vorlage 1224/2019
Förderung der Aufbauphase eines lokalen Verbundes von Kölner Mig-
rantenselbstorganisationen
AN/1595/2019**

Beschluss:

Die Behandlung des Änderungsantrages wurde aufgrund von Beratungsbedarf auf die nächste Sitzung vertagt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**8.2 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau
auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o. Nr., 50765 Köln-
Blumenberg, Gemarkung Worringen, Flur 50, Flurstück 1872 tlw.
0413/2019**

Beschluss:

Der Integrationsrat schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit dem Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Langenbergstr. o. Nr., 50765 Köln-Blumenberg, Gemarkung Worringen, Flur 50, Flurstück 1872 tlw. mit Gesamtkosten in Höhe von 2.485.098,61 € und beschließt die im Haushaltsjahr 2019 auf der Finanzstelle 5620-1004-6-5199 veranschlagten Mittel freizugeben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**8.3 Schulrechtliche Änderung der Kapazität der GGS Hauptstraße 432,
51443 Köln-Porz von 3 auf 4 Züge gemäß § 81 Absatz 2 Schulgesetz
NRW
3024/2019**

Beschluss:

Der Integrationsrat schlägt folgende Beschlussfassung vor:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Zügigkeit der GGS Hauptstraße 432, 51143 Köln-Porz gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) ab dem Schuljahr 2020/21 von 3 auf 4 Züge zu erweitern.

2. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, umgehend nach Beschlussfassung bei der Bezirksregierung Köln einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 SchulG zur Genehmigung der Zügigkeitserweiterung zu stellen.
3. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bei der Ausführung des Beschlusses zu 1 die sofortige Vollziehung gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 VwGO (besonderes öffentliches Interesse) anzuordnen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

8.4 Kölner Kinder stärken! - 184 Tausend junge Chancen fördern! Umsetzung der Landesinitiative "Kommunale Präventionsketten" 3437/2019

Beschluss:

Der Integrationsrat schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Der Rat der Stadt Köln

- (1) beschließt das Leitbild und die Gesamtstrategie „Kölner Kinder stärken! – 184 Tausend junge Chancen fördern!“. Sie dienen der Verständigung innerhalb der Verwaltung über die notwendigen Schritte zur Prävention und Bekämpfung von Benachteiligungslagen junger Menschen und ihrer Familien in Köln und bilden die Grundlage für die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen auf der Praxisebene.
- (2) nimmt die Ergebnisse des im Rahmen des „Monitoring Stadtentwicklung“ etablierten Präventionsmonitorings (Kapitel 4.1.) zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Indikatoren gestützte Analyseinstrument zur Beobachtung von Präventions- und Interventionsbedarfen als Frühwarnsystem auf sozialräumlicher Ebene weiter zu entwickeln.
- (3) beauftragt die Verwaltung mit der Weiterentwicklung der Präventionskette gegen Kinder, Jugend-, Familienarmut in Köln, beschließt die vorgeschlagenen Maßnahmen auf der Strukturebene (Kapitel 6.2.) und beauftragt die Verwaltung mit deren Umsetzung.
- (4) beauftragt die Verwaltung, die vorgeschlagene Maßnahme „modellhafte Umsetzung einer gesunden Familiengrundschule“ (Kapitel 6.3.) konzeptionell zu entwickeln. Die Maßnahme soll entsprechend der strategischen Ziele der Gesamtstrategie umgesetzt werden. Das Konzept wird nach Erstellung und bei gesicherter Finanzierung dem Rat vorgelegt und zur Umsetzung vorgeschlagen.
- (5) beauftragt die Verwaltung, den politischen Gremien jährlich über den weiteren Umsetzungsstand zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

IRM Herr Edis erkundigt sich zum Stand der Anfrage des Facharbeitskreises 5 zum Thema Rechte Gewalt, die bereits seit einiger Zeit der Verwaltung vorläge.

RM Herr Yurtsever führt zum vertagten TOP 4.1 aus, dass der Integrationsrat bereits in der letzten Wahlperiode über die Erweiterung der Zuständigkeiten des Integrationsrates entschieden habe (17.03.2014). Er möchte von der Verwaltung wissen, wie mit dieser Entscheidung in Folge verfahren worden sei.

RM Herr Schäfer bezieht sich auf die Beantwortung der Anfrage zu TOP 3.1, in der es heißt, dass Schüler*innen, die nach Beginn des Schuljahres nach Köln kommen, als Seiteneinsteiger eingeschult werden. Er möchte in dem Zusammenhang wissen, warum die Schüler*innen, die zeitgleich die offene Ganztagschule besuchen nicht gefördert, respektive nur gefördert werden in bestimmten Zeitsegmenten, nämlich ab dem 01. Februar oder ab dem 31.08. Es sei derzeit kompliziert, wenn geflüchtete Kinder als Seiteneinsteiger eingeschult werden, aber an der offenen Ganztagschule nicht teilnehmen können, weil es keine Förderung sowohl aus Landesmitteln als auch aus kommunalen Mitteln gibt. Herr Schäfer möchte wissen, was die Verwaltung bedenkt zu tun und bittet die Antwort auch an den Schulausschuss weiterzuleiten.

IRM Herr Özkücük bittet die Verwaltung, die Fragensteller bei der Beantwortung der Anfragen namentlich zu benennen.

RM Frau Schmerbach bezieht sich auf TOP 3.1. und schlägt vor, die Vorlage als Mitteilung in die nächste Sitzung aufzunehmen.

IRM Herr Bayrakcioglu bittet die Verwaltung, parallele Terminierungen der Ausschusssitzungen zu vermeiden.

II. Nichtöffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen**